

Verkehrsversuch erbst Anwohner

Engpässe in der Ramschieder Hollerbergstraße: Kreisstadt sieht Handlungsbedarf, auch wegen Rettungsdiensten

Von Susanne Stoppelbein

RAMSCHIED.

Die Verkehrssituation in der Hollerbergstraße hat sich zum Dauerthema für Ortsbeirat und Anwohner entwickelt. Die schmale Straße verfügt über einen noch schmälere Bürgersteig. Autofahrer wie Fußgänger haben mitunter Probleme, an parkenden Autos vorbeizukommen. Der Bürgersteig wird zum Ausweichen regelmäßig überfahren, ein Anwohner macht Schäden an seiner Einfriedung geltend. Auch mit Blick auf Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr hat der Magistrat nun eine Einbahnregelung beschlossen – eine Lösung, die vor Ort nicht auf Begeisterung stößt.

Die Einbahnstraße soll als Verkehrsversuch über sechs Monate erprobt werden (wir berichteten). Parallel dazu soll das – aufgrund der geringen Straßenbreite bereits per se geltende – eingeschränkte Halteverbot nun auch ausgeschildert werden, wie die stellvertretende Ordnungsamtsleiterin Vicky Stahl auf Anfrage sagte. Wobei Anwohner ja durchaus etwas vor der Haustür ausladen oder jemand ein- und aussteigen lassen könnten. Für Pflegedienste gebe es Sondergenehmigungen, Personen mit Schwerbehindertenausweis dürften drei Stunden mit Parkschein dort stehen. Ein Schild „absolutes Halteverbot“ steht bereits an der engsten Stelle der Straße.

Besonders schwer wiegt aus Sicht der städtischen Polizeibehörde, dass die Hollerbergstraße von der Feuerwehr bei Einsätzen benutzt wird (weil die großen Einsatzautos in der Höhenstraße nicht um die Kurve kommen). Stahl berichtet von Beschwerden der Rettungsdienste, die die Hollerbergstraße nicht oder nur verzögert passieren konnten. Drei- bis viermal sei so etwas in den vergangenen zwei Jahren vorgekommen, bestätigt Stadtbrandinspektor Michael Lecke auf Anfrage dieser Zeitung. Man sei zwar durchgekommen, habe aber wertvolle Zeit verloren.

Die Stadt hat die Anwohner inzwischen angeschrieben und über die Rechtslage und die Pläne für die Hollerbergstraße informiert. In dem Brief wird laut Stahl auch drauf verwiesen, dass die Nutzung von Garagen und Stellplätzen auf den Eigentümergrundstücken die Lage entspannen könnte. Weil die Autos der Anwohner und ihrer Besucher aber irgendwo hinmüssen, will die Stadt zumindest ein paar zusätzliche legale Parkmöglichkeiten schaffen. Das soll im unteren und im oberen Bereich der Straße geschehen, wie Stahl in Aussicht stellt.

In Ramschied hat das Vorgehen der Stadt für große Verärgerung gesorgt, wie Ortsvorsteher Olaf Rosenow beklagt. Er macht sich dafür stark, dass die Stadt zumindest erst einmal Ersatzparkflächen schafft, bevor sie die strenge Regelung durchsetzt. Die Aufregung gipfelte laut Rosenow nämlich darin, dass die Stadt bereits erste „Knollen“ verteilt hat, die nun zumindest in Knollen ohne Verwarngeld umgewandelt worden seien.

Dass die Anwohner in Aufruhr sind, kann Rosenow verstehen. Er hält das Vorgehen für einen „Schnellschuss“ und fordert stattdessen, für eine Problemlösung ganz Ramschied zu betrachten. Vor allem deshalb, weil es im Ort (wie in den anderen Stadtteilen) jede Menge schmaler Straßen gebe, wo die Park-Situation faktisch genauso sei wie in der Hollerbergstraße. „Dann müsste man überall Einbahnstraßen ausweisen und Parkverbote durchsetzen“. Aber irgendwo müssten die Autos, die noch dazu immer breiter gebaut würden, schließlich hin. Der Ortsbeirat hatte sich vergeblich dafür eingesetzt, dass die Stadt ein Verkehrsgutachten für den gesamten Ort in Auftrag gibt.

Ortsbeirat möchte mit Bürgern nach Lösung suchen

Der Ortsbeirat sieht nun neue Probleme auf den Ort zurollen. „Die Einbahnstraße verleitet zu schnellerem Fahren als den erlaubten 30 Stundenkilometern“, meint Rosenow. Das Parkplatzproblem und der zusätzliche Verkehr werde sich auf Nachbarstraßen verlagern, wo ähnliche Situationen herrschten. Außerdem werde die Verkehrsbelastung zunehmen, weil die Einbahnstraße einen Teil der Anlieger zu Umwegen zwingt.

Die Ordnungsverwaltung sei formal im Recht, räumt Rosenow ein, eigentlich müsse aber „eine politische Entscheidung“ her. „Mir geht es darum, im Austausch mit den Betroffenen eine gute Lösung zu finden“, so der Ortsvorsteher. Die sechsmonatige Probephase möchte er nutzen, um mit interessierten Bürgern an einer Alternative zu arbeiten, die den gesamten Ort einbezieht. Er hofft darauf, dass die Stadt seiner Bitte folgt, dem Ortsbeirat einen fachkundigen externen Moderator zur Verfügung zu stellen. Dorfmoderationen zu Verkehrsthemen seien über das Ikek-Programm förderfähig.

Die Hollerbergstraße steht auch auf der Tagesordnung der Ortsbeiratssitzung am heutigen Donnerstag, 8. Juli (19.30 Uhr, in der Wisperhalle, großer Saal).